

■ Hessen

Hanaus SPD übt sich im Rückwärtsgang

aus SIGNAL 03/2004 (Juni/Juli 2004), Seite 24 (Artikel-Nr: 10003130)
DBV Hessen

Ein neues Verkehrszeitalter hat am 19. April in Hanau begonnen. Mit zwei aus Karlsruhe geliehenen Zwei-System-Stadtbahnwagen wurde von der Hanauer Straßenbahn AG ein viermal täglich verkehrender Direktzug zwischen Hanau Hbf und dem Opelwerk in Rüsselsheim eingerichtet. Die Züge fahren täglich außer sonntags unter Umgehung des Frankfurter Hauptbahnhofes. Fahrausweise des Rhein-Main-Verbundes werden anerkannt.

Die neue Verbindung war einst als Vorlaufprojekt für ein Stadtbahnssystem nach Karlsruher/Saarbrücker Vorbild gedacht, es sollte Hanau Innenstadt wieder mit einer Straßenbahn erschließen. Immerhin hat die städtische Verkehrsgesellschaft noch den Namen eines Trambetreibers im Firmennamen! Vor allem CDU und Grüne hatten dieses Projekt auf den Weg gebracht. Es stützte sich auf mehrere Gutachten, die die Wiedereinführung der Tram in der Mainstadt empfohlen hatten.

Allerdings gab es in Hanau politische Turbulenzen um Hanaus CDU-Bürgermeisterin Gisela Härtel, die am Ende zu ihrer Abwahl durch ein Volksbegehren führten.

Doch der durch Neuwahlen an die Schalthebel der Macht gekommene neue SPD-OB Kaminsky warf die projektreifen Pläne als erste Amtshandlung über den Haufen. Und bildete hier eine unheilige Allianz mit Hanaus Einzelhändler! Wieso scheitern, fragt der DBV, immer wieder und überall sinnvolle Verkehrsprojekte an rückwärts gerichteten Interessen bestimmter Kreise?

SPD: rückwärts immer

Selbst der Antrag von den Grünen, die Stadtbahn als Option weiter zu berücksichtigen, wurde von der SPD rücksichtslos abgeschmettert. Dass sich ausgerechnet Sozialdemokraten als verkehrspolitisch rückständiger als die Konservativen erweisen, ist allerdings kein seltener Fall in deutschen Landen. Zur Erinnerung: Es die SPD, die im damaligen West-Berlin und in Hamburg die Einstellung der Straßenbahn betrieb. Zudem war es die Berliner SPD im Verein mit dem DGB, die zum S-Bahnboykott aufgerufen hatte und zum Niedergang dieses Verkehrsmittel in der deutschen Hauptstadt beitrug. Die heutige Sanierung verursacht erhebliche Kosten. »Somit zeigen sich Teile der Sozialdemokratie sehr konsequent«, so die Schlussfolgerung des DBV zur Politik der Hanauer SPD. (mkv)

Dieser Artikel mit allen Bildern online:

<http://signalarchiv.de/Meldungen/10003130>.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten